

| | | | | | |
|---|--------|---------------|-----|---------------------------|-----|
| Landeshauptstadt Dresden Bürgermeisteramt - Stadtratsangelegenheiten | | | | NPD GRUPPE IM STADTRAT | |
| 15.1 | Sek. | Nr. | 328 | zK | zSt |
| 15.1 | 15.12 | | | zFX | bR |
| SR | DB OR | 08. DEZ. 2015 | | IV | |
| AD | ... | | | zA | |
| ... | ... | | | | |
| AF | | | | | |
| OA/OS | | | | | |
| CDU | LINKE. | BÜ 90 | SPD | | |
| AfD | FDP/FB | o.F. | | | |

5. 8. 12.
8/12



DRESDEN

Dresden, 07. Dez. 2015

Ersetzungsantrag zu den TOP 11, 12, 13, 14, 15

Gegenstand:

Unterbringung von Asylbewerbern durch die Stadt Dresden

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorschläge der Tagesordnungspunkte 11, 12, 13, 14 und 15 werden wie folgt ersetzt:

Alle Maßnahmen zur Schaffung weiterer Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber sowie für deren Finanzierung werden umgehend eingestellt, bis der Freistaat Sachsen und die Bundesregierung ihren jeweiligen Verpflichtungen zur sofortigen Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und der konsequenten Eindämmung der illegalen Einwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechtes nachkommen.

Begründung:

Es ist nicht Aufgabe der Stadt Dresden, als Kommune für auf Landes- und vor allem auf Bundesebene gemachte Fehler und deren Auswirkungen die Verantwortung zu übernehmen, weder finanziell, noch gesellschaftlich. Solange die Bundesregierung nicht Willens und in der Lage ist, den millionenfachen Rechts- und Verfassungsbruch der derzeitigen Asylpraxis wirksam zu verhindern, kann jedes einzelne Mitglied dieses Stadtrates als Bürger von seinem grundgesetzlich verankerten Widerstandsrecht nach Art. 20(4) Gebrauch machen. Dort heißt es: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese (verfassungsmäßige) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Da die verfassungsmäßige Ordnung ganz offensichtlich von Seiten der Bundesregierung nicht mehr gewährleistet werden kann, ist es Aufgabe aller gewählten Volksvertreter, sich für deren Wiederherstellung mit aller Kraft einzusetzen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Jens Baur
Stadtrat NPD-Gruppe

